



BORIS PALMER

Mitglied des Landtags von Baden-Württemberg
Wahlkreis Tübingen, Fraktion GRÜNE

Boris Palmer MdL, Konrad-Adenauer-Str. 12, 70173 Stuttgart

70173 STUTTGART
Konrad-Adenauer-Str. 12
Telefon (0711) 20 63-691
Telefax (0711) 20 63-660
boris.palmer@gruene.de
www.boris-palmer.de

72072 TÜBINGEN
Aixer Straße 66
Telefon (0 70 71) 88 80 86

Tübingen, den 13. Juli 2005

Suche nach Kujaus Schülern

Gefälschtes Flugblatt mit Briefkopf und Foto des Abgeordneten Palmer in Tübinger Briefkästen

„Studiengebühren sind sozial ungerecht!“ lautet die Überschrift eines Flugblatts, das diese Woche in mehreren Tübinger Stadtteilen und offenbar in großer Auflage verteilt wurde. Das Schreiben ist mit einem Landeswappen, einem Foto, der privaten Adresse des Abgeordneten und einer Unterschrift versehen und wirkt damit täuschend echt. Selbst Größe und Typus der Schrift sind an Palmers Briefbogen angepasst.

Dennoch handelt es sich um eine Fälschung. Palmer ist vermutlich Opfer seines umfangreichen Internetauftritts geworden, der zahlreiche Faksimiles von Schreiben des Abgeordneten enthält, an denen sich nun unbekannte Gegner von Studiengebühren bedient haben.

Auch inhaltlich haben sich die Fälscher viel Mühe gegeben. Sie beziehen sich auf eine Positionierung zu Studiengebühren, die Palmer im Jahr 1997 noch als Student und Mitglied der grünen Hochschulgruppe getroffen hat. Palmer und die Hochschulgruppe hatten sich damals gegen die von der Landesregierung beschlossenen Gebühren gewandt, die im Studium zu entrichten waren, warben aber zugleich dafür, Studiengebühren nach dem Abschluss und in Abhängigkeit vom erzielten Einkommen zu erheben.

In dem gefälschten Schreiben wird nun behauptet, Palmer habe sich von dieser Position angesichts der nahenden Bundestagswahlen verabschiedet: „Nun habe ich alten Ballast abgeworfen und mich auf grüne Tugenden besonnen, die mir heute aktueller den je erscheinen. (...) Vereinigter Widerstand gegen die CDU-Studiengebühren scheint mir wichtiger denn je.“

Für die Mühe, die sich die Gruppe kleiner Kujaus mit ihrer Fälschung gemacht hat, erkennt Palmer schmunzelnd an: „Gut recherchiert und täuschend echt. Alle Achtung! Nur der Stil ist nicht meiner. Wenn die Autoren sich zu ihrem Werk bekennen und einer Diskussion mit offenem Visier stellen würden, hätte ich noch mehr Respekt.“

In der Sache stellt Palmer klar: „Ich habe nichts zurückzunehmen, schon gar nicht aus Angst vor einer anstehenden Wahl oder einer angeblichen Linkspartei. Ich stehe zum Konzept der grünen Landtagsfraktion mit Studiencredits und Studierendengehalt.“

Die Studiencredits versteht Palmer als Alternative zu den von Minister Frankenberg geplanten Gebühren von 500 Euro je Semester ab 2007: „Die Pläne von Frankenberg lehne ich ab. Sie bringen den Unis nur so viel Geld, wie in den letzten beiden Jahren durch die Landesregierung gekürzt wurden und verbessern nichts an den Strukturen. Außerdem zwingen sie Studierende in die Verschuldung. Auch das habe ich immer abgelehnt. Mit den Studiencredits, die veranstaltungsbezogen und bis zum Bachelor kostenlos sind, haben wir Grüne eine Alternative entwickelt, die den Wettbewerb um Qualität und Studierende entfacht. Nur dann ist eine Kostenbeteiligung sinnvoll.“

Für die von den Flugblattfälschern in den Mittelpunkt gerückte Frage, ob Studiengebühren sozial verträglich sind, hat Palmer eine andere Antwort: „Sozial ungerecht ist unser ganzes Bildungssystem. Wenn die Eltern wenig verdienen, schaffen es die Kinder selten an die Universität, obwohl es keine Studiengebühren gibt. Diesen Teufelskreis müssen wir durchbrechen. Die wirklichen Hürden sind nicht Gebühren, sondern die soziale Auslese vom Kindergarten bis zum Abitur und die hohen Lebenshaltungskosten im Studium. Ich bin deshalb dafür, mehr Geld in den ersten Jahren des Bildungslebens einzusetzen und die zersplitterte Studienförderung von Kindergeld, Freibeträgen und BAFöG zu einem Studierendengehalt zusammenzufassen. Das Modell der grünen Landtagsfraktion sieht 400€ monatlich über sechs Semester für alle vor – ohne Mehrkosten für den Staat.“

Palmer ist nun gespannt, ob die Autoren des Flugblatts sich zu erkennen geben. Vorsorglich sichert er zu, keine juristischen Schritte gegen die unerlaubte Verwendung des Landeswappens und seiner Unterschrift zu unternehmen: „Diese Sache sollte nicht vor Gericht, sondern in einem Hörsaal ausgetragen werden. Ich bin dazu bereit.“